

herrschaften. Hoheitsrechte übten die Standesherrn aus über die Verwaltung der direkten Steuern, die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit in erster Instanz, die niedrige Polizei und die Aufsicht über Kirche und Schule sowie milde Stiftungen. Außerdem genossen sie bestimmte standesherrliche finanzielle Vorrechte. In dieser Beziehung war die preussische Regierung damals allerdings weniger konfessionsbereit. Auch die Ansprüche des Herzogs von Arenberg gehen zum größten Teil auf Aufhebungen zurück, die seine Vorfahren von Napoleon erhalten haben.

:: Berlin, 29. Juni. (Draftb.)

Die Staatsrenten des Fürsten zu Wied, der Fürsten von Salm und des Herzogs von Arenberg gehen durchweg auf das Jahr 1815 zurück. Sie wurden begründet durch die Einbußen auf Grund des Artikels 27 der Rheinbundakte. Bei diesen Ansprüchen handelt es sich vielfach um Rechte, die noch aus dem Mittelalter hergeleitet werden. So führt die Denkschrift u. a. Renten an, die aus den sogenannten Herzengelbern, Tafelgelbern, aus den Hofhaltungshörsführern und noch einer Reihe ähnlicher früherer Güter und Abgaben, wie des Rheinfahrtegeldes, herührten. Beispielsweise waren in der Grafschaft Wied-Runkel die Einwohner seit unordenlicher Zeit

Byrds Dzeanflug.

Seananflug.

James Waller, Bürgermeister." Ebenfalls an Hindenburg adressiert ist ein Brief Victor Kilders, des Herausgebers der „Staatszeitung“, der außerdem noch an den amerikanischen Botschafter in Berlin Schurmann geschrieben hat.

Die Verhandlungen im Rechts- ausschuß des Reichstages.

*
Die Bedeutung des Kluges.

♦ Berlin, 29. Juni. Im Rechtsauschuss des Reichstages wurde heute ein von Sozialdemokraten und Demokraten gestellter Antrag beraten, der das Sperrengeld für die Bürgerschaftsabordnung, das am 1. Juni ablaufen würde, bis zum 31. December 1897 zu verlängern, und die Ermächtigung geben, im Wege der Sperrengeldabnahme die Einkünfte des Landes zu bestimmen, das bis zum Ablauf des Sperrengeldes Gegenstände aus der freiwilligen Vermögensmasse zur Aufkündigung des Landes befreit, oder an dritte veräußert worden können. Zur Verabschiedung des Antrags fordern die Antragsteller die Erfüllung der Erfordernisse der Verfassungsänderungen Gesetzgebung, also Zweidrittelmehrheit.

Staatssekretär Zweigert teilt mit, daß die Abfindungen noch nicht erledigt seien in Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg, Schwarzburg, Gotha, Mecklenburg-Schwerin, Rügen-Neckum und Mecklenburg-Strelitz. Mecklenburg-Strelitz habe erklärt, daß es keine Erledigung im Vergleichswege, sondern im Rechtswege

Rechtswege
 Wünsche. Sehr intensiv sei die Vermittlungstätigkeit des Reichsministeriums des Innern gewesen und sie habe zu Vergleichsangeboten geführt, denen gegenüber die Länder sich nicht ablehnend verhielten. Alle in Betracht kommenden Fürstentümer hätten eine schriftliche Erklärung im Ministerium des Innern abgegeben, in der sie ihre bindende Bereitwilligkeit erklärt haben, die Wirtung des Sperrgesetzes bis zum 1. Dezember d. J. verträglich gegen sich gelten zu lassen. Eine Verlängerung des Sperrgesetzes sei deshalb nach Ansicht der Reichsregierung sachlich nicht erforderlich. Eine gesetzliche Sperre werde von den Fürstentümern

San Francisco, 28. Juni. Die beiden Fliegerleutnants der amerikanischen Armee Mattian b und Hagenbeck sind heute vormittag 7 Uhr 10 Minuten lastförmig (16 Uhr mittlereuropäischer Zeit) ihrem Dauerflug nach Honolulu aufgestiegen. Zu dem Start, der glänzend verlief, hatte sich eine nach Schätzungen der anwesenden Menschenmenge eingeschuldete, die die Flieger für sich selbst besaßen. Die Polizei mußte wiederholig Hinfür vorgehen, um die Startbahn freizuhalten. Der Flug ist, Gegenstand, sondern ist von der Heeresleitung als ganz allgemein betrachtet worden, und zwar, wie man sich erklären kann, in Anbetracht der diesjährigen Manövern, an der Küste des Südens Ozeans. Die Flieger werden daher den Flug unter Kriegsbedingungen durchzuführen, werden jedoch auch den von einem amerikanischen Millionär ausgesetzten Preis von 25000 Dollar für einen Dauerflug San Francisco-Honolulu gewinnen, vorausgesetzt, daß sie Honolulu erreichen. Die Entfernung beträgt rund 3850 Kilometer. Die Wetterbedingungen sind außerordentlich günstig und dürfen es nach den bisherigen Voraussetzungen auch für die nächsten 36 Stunden bleiben.

Auf Honolulu gelandet.

St. Johns, 29 Juni. Heute vormittag 9,30 Uhr ist die Wetterlage ungünstig. Der Wind kommt aus nordwestlicher Richtung. Der Himmel ist bedeckt. Von Zeit zu Zeit geben Regenschauer nieder. An der Küste herrscht dichter Nebel.

Washington, 29. Juni. Heute Vormittag 11 Uhr

× Methlon (Neuschottland), 29. Juni. Die „America“ wurde kurz nach 10 Uhr hier gesichtet.
In großer Höhe.

amerikanischer Zeit traf hier die Meldung ein, daß der
Flieger Meitland auf Sanoklu gelandet

Minuten amerikanischer Zeit überflog die „America“ Martinsriver, 40 Meilen westlich von Halifax. Das Flugzeug flog in großer Höhe.

Gelegentlich wurde auch ein solches Verhalten geübt.
[...]

Providence (Long Island), 29. Juni. Das Flugzeug Dürds „America“ wurde um 6,30 Uhr amerikanischer Zeit (12,30 mittteleuropäischer Zeit) eine halbe Meile von West Hill an Long Island Sound an

* * *

und suchte offenbar die Küste in der Höhe der Narragan-
sett Bucht entlang zu fliegen. Das Flugzeug flog
schnell aber nicht sehr hoch.

Chamberlin in Zürich gelandet.
 X Zürich 29 Juni Die beiden amerikanischen

Nach dem B. Z. wird der Flug Burds der erste offizielle amerikanisch-europäische Postflug. Unter den Briefen, die Burd nach Europa mitnimmt, befinden sich Briefe des New Yorker Bürgermeisters Walker an den Stadtrat von Paris, den Bürgermeister von London und vor allem Dingen an den deutschen Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Brief an Hindenburg lautet:

„Diese Postkassett wird Ihnen durch Flugzeug „America“ unter Befehl des Commanders Burd der United States Navy bei dem ersten Postflug über den Atlantik, unternommen durch die amerikanische Regierung, überbracht. Sie soll die hohe Anerkennung und Begeisterung, die ich persönlich und die Bevölkerung der Stadt Newport für Sie und das deutsche Volk haben, ausdrücken, und wir hoffen, daß sie mit der ersten offiziellen Post befördert wird, und daß die Beziehungen zwischen

Flieger Chamboerlin und Levine, die um 7.30 Uhr früh in München zum Fluge nach der Schweiz aufgestiegen waren, sind um 9.07 Uhr auf dem Flugplatz Dübendorf bei Zürich glatt gelandet. Es ist nur eine kurze Zwischenlandung vorgesehen, worauf der Weiterflug direkt nach Thun erfolgen soll.

nicht bei diesen landesherrlichen Ansprüchen ganz die es sich um die Aufgabe von Rechten, die heute antiqui-
riert seien.

× Thun, 29. Juni. Die beiden amerikanischen Flieger Chamberlin und Levine sind heute vormittag um 11 Uhr auf dem Flugplatz in Thun glatt gelandet. Um 11.20 Uhr erfolgte die Abfahrt im Auto nach Bern.

Abg. Barth (Dn.) erklärt, daß seine Fraktion mit aller Entschiedenheit eine Verlängerung, des Sperrgesetzes ablehne. Seine Fraktion sei aber bereit, einen

✓ Maria 29 Juni Nach der Chicago Tribune

Regelung zuzustimmen, daß ein Zivilsenat
des Reichsgerichts als Schiedsgericht ein-
gesetzt werde.

in New York eingetroffen, wonach die demnächst nach
französischen Flieger Kugelfer und Soli ge-
hend in der Nähe von Choct-Sale in der
Provinz Quebec aufgefunden seien. Man hält
jedoch dieses Gerücht für ebensowenig begrün-
det, wie alle anderen über Bombenflieger und Tö-
ter.

Abg. Schulte (3.) bedauert, daß die Ablehnung der Verlängerung des Sperrgesetzes durch die Deutschen in einer so starken Form geschehen sei.

Die private Offerte der Fürstenthümer
 Sinne der Redner nicht für einen vollgültigen
 ersatz für die Verlängerung des Sperrgesetzes an-
 sehen, und er glaube, daß seine Fraktion deshalb be-
 harrlich der Fürstenthümer nicht auf das Sperr-

Abg. Dr. Rosenfeld (Z.) betont, daß er es als Mitglied des Reichstages unwürdig empfinde, wenn der Reichstag auf das Recht der Gesetzgebung verzichten sollte.

Suche zum 1. Juli
oder später, ein jün-
geres kath.
Mädchen
für Haus- und Garten-
arbeit im Orte Rbede.
Nagere in der Ge-
schäftsstelle- und bei
Kolef Heinrichs, Rbede.

Hr. Landsberg (C.) erklärte als den schwerwiegendsten Einwand gegen das Sperrgesetz die Annahme, daß es sich um ein Verbot der Einreise in eine Reichsbesatzung handele. Dieser Einwand wurde aber durch das Eingangsverbot der Fürstlichen, freiwillig bis Dezember 27 die Streikgeheimnisse ausgeben zu lassen.

Ministerpräsident Dr. Brüning hat den Landtag, daß der sozialdemokratische Antrag das Landtag, daß die Länder den Streikgeheimnissen zustimmen.

Hr. Dr. Brüning (D. Vpt.) hat es nach dem, als inzwischengeschoben sei, nicht für notwendig, das Sperrgesetz verlängert werden, da sämtliche Streikgeheimnisse im Dezember ruhen zu lassen.

Hr. Dr. Brüning (D. Vpt.) schließt sich den Ausführungen des Vordrängers an.

In der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag mit 15 gegen 11 Stimmen (so nicht mit 2/3 Mehrheit) angenommen. Dagegen stimmen Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, dagegen die Deutschnationalen, die deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei.

Die Annahme des Polizeibeamtengesetzes.

Preussischer Landtag.

Der Zentrumsantrag, den Betrag von 150.000 Mk. als Zulagezuschuß zu bewilligen, ist die Reichsregierung der Deutschen Jugendkraft als einen Ausnahmefall des Wohlstandes zur Verfügung zu stellen, wird ohne Aussprache dem Ausschuss in Selbstverwaltung überlassen. Das Haus tritt am 2. Juni in die Beratung des Gesetzes ein.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Das Haus stimmt am 2. Juni mit 150 gegen 133 Stimmen dem Antrag des Ausschusses zu, der das Sozialministerium ersucht, zur Abklärung der durch die Sturmstöße im Elsaß und in Lothringen verursachten Schäden weite Mittel im ausreichenden Umfang zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ferner ein Antrag des Sozialministeriums, wonach die hälftige Fortsetzung eines Gesetzesentwurfes gefordert wird, der die Umgestaltung der Landwirtschaftsämtern in der Rheinprovinz in der Landwirtschaftsämtern vorzuziehen.

Die Nobelpreisrede Dr. Stresemanns.

Deutschlands Friedenspolitik.

A Oslo, 29. Juni. Heute Mittag fand im Festsaal der Universität der Nobelpreisvortrag des Reichsaussenministers Dr. Stresemann statt. Trotz des trübten Wetters hatte sich vor der Universität eine große Menschenmenge angesammelt. Der Festsaal war von einer repräsentativen Versammlung dicht besetzt. Auf den reservierten Sitzplätzen nahmen u. a. der deutsche Gesandte und das gesamte Personal der deutschen Gesandtschaft, die Präsidenten des Storting, der Premierminister, Mitglieder der Regierung und des Storting, zahlreiche Vertreter des diplomatischen Korps, Vertreter der Behörden der Stadt Oslo, sowie zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten des kulturellen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens Platz. Auch die deutsche Kolonie in Oslo war fast vollständig vertreten. Kurz nach 2 Uhr betrat der König den Saal und begrüßte Dr. Stresemann in herzlicher Weise. Darauf hielt der Vorsitzende des Nobelkomitees, der Rektor der Universität, Prof. Stena, eine kurze Ansprache, in der er der großen Freude des Komitees Ausdruck gab, Dr. Stresemann begrüßen zu können. Unter lautem Beifall begrüßte dann Dr. Stresemann die Rednertribüne.

Der Reichsaussenminister gab zunächst seinem Dank für die Verehrung des Nobelpreises Ausdruck und sprach dann in etwa einstufiger Rede über folgende Gedankengänge:

„Diese Auszeichnung gilt nicht theoretischen Überlegungen, sondern praktischer Politik. Die Bildung einer Einheit in Bezug auf die Politik der Länder, die ähnliche Wege gegangen sind, gilt Deutschland nicht als einer einzelnen Persönlichkeit. Gerade in Deutschland ist teilweise ein harter Kampf um die deutsche Außenpolitik geführt worden. Deshalb bin ich vielleicht am ehesten in der Lage, die Frage nach der

Wahrnehmung des heutigen Deutschland zu beantworten.

Das heutige Deutschland ist vielfach nach äußeren Kriterien beurteilt worden. Der Gedanke des Stützpunktes des Nobelpreises war, den von ihm selbst mit ganzem Eifer und Entschlossenheit bestritten die hängende Wunde des Menschen zu heilen. Das heutige Deutschland bewegt, er gibt sich darauf, daß die deutsche Verfassung, die Friedenspolitik nicht möglich gewesen wäre, wenn sie nicht diesen tiefen Sehnen der deutschen Volkseele entsprungen hätte. Dabei freuten sich die Ideen des nationalen und des internationalen Zusammenwirkens.

Man muß sich die Minister Herriot in Frankfurt für die Auszeichnung national anerkennen, um international wirken zu können. Dem deutschen Volk ist es nach dem militärischen Zusammenbruch nicht leicht gemacht worden, die nationale Idee in diesem Sinne zu vertreten und auf dem Wege zum Frieden mitzuführen zu sein. Der schwerste Verlust lag nicht nur in den verlorenen Gebieten, sondern darin, daß die Mittelmacht, die früher die wichtigste Trägerin des Staatsgedankens gewesen war, völlig verarmte und proletarisiert wurde.

Die Nachkriegszeit brachte für Deutschland weiter den Hunger, noch einmal brauchte das Gefühl gegen die Verrücktheit auf, aber es begann zu differenzieren zwischen denen, die den Krieg wollten und denen, die seine rechtliche Basis schon damals für gegeben hielten. Daraus kam

die Konferenz in London über den Dawidplan.

Das verwundete Volk sah zum ersten Mal seine Vertreter nicht als Objekt, sondern an einem Tisch mit den Vertretern der feindlichen Nationen. Es nahm aus Herriots Munde die Aufklärung der Räumung entgegen; es kam Briand, der dieses Wort Herriots einlöste; es kam mit der deutschen Initiative das Memorandum vom 19. Februar 1925.

Die Gründung der Politik von Locarno.

Es wäre eine Unwahrheit, zu sagen, daß diese Politik freudig und herzlich Zustimmung begegnet wäre. Sie begegnete Mißtrauen auf der Gegenseite, Mißachtung im Innern. Dann kam ein Wechsel zwischen Mißtrauen und Vertrauen, die Verständigung über die Verträge, dann kamen fassende Empfindlichkeiten, die noch einmal im März 1926 Deutschlands Eintritt in den Völkerbund unmöglich machten, dann im September jener Eintritt, bei dem Herr Briand in seiner Rede davon sprach, daß die Zeit der Rationen vorbei sein müsse und in der die Worte sprachen, die über diesem Jahrhundert stehen sollten, daß die beiden großen Völker, Deutsche und Franzosen, sich vorbereiten sie im Krieg auf den Schlachtfeldern gegenseitig zu erröten hätten, ihre Zukunft nunmehr nur dem

Wettbewerb um die großen idealen Ziele der Menschheit

widmen sollten. Wer diese Stunden in Genuß mitterlebt hat, der wird sie niemals vergessen. Die Zeiten, die seitdem gekommen sind, waren ein Auf und Ab. Sie zeigen gegenwärtig mehr eine Krise als einen Fortschritt in der ganzen Entwicklung des Friedens. Die Welt ist in der ganzen Welt von allen, daß in dem Willen nach Frieden und Verständigung die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich einig ist.

Die deutsch-französischen Wirtschafts-verhandlungen.

Vorläufige Einigung.

Paris, 29. Juni. Die deutsche und die französische Handelsdelegation geben gemeinsam folgendes Communiqué heraus:

„Die vorläufigen Abkommen über den Warenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich und zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet trafen am 30. Juni 1927 Mitternacht ab. Trotz wiederholter Vorstellungen der französischen Regierung hat die deutsche Regierung dieser zu ihrem Bedauern mitteilen müssen, daß sie sich aus technischen Gründen an einer Handhabung hätte, der unüberwindlichen Verlängerung dieser Abkommen zu bestimmen. Die beiden Delegationen haben aber in der heutigen Verhandlung mit Befriedigung ihr gegenseitiges Einverständnis über die Verhandlungen über ein neues, auf breiterer Grundlage wie bisher abzuschließendes vorläufiges Handelsabkommen festgestellt, das sie vor dem 15. Juli 1927 abzuschließen und ihren selbständigen Parlamenten vorlegen wollen. In dem Wunsch, in dem Warenverkehr zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet keine Störungen eintreten zu lassen, haben sie sich entschlossen, sobald als irgend

Wenn ein Volk, dessen Umschichtung so gewaltsam wie die unsrige ist, das Volkstumismus von rechts und links Herr geworden ist, so zeigt dies zunächst den Sieg des Realpolitischen über das Imaginäre und über den Illusionismus. Im neuen Deutschland hat die Arbeiterklasse, gleichgültig, welche politische Vertretung sie sich gab, sich an das Reich und den Staat gebunden. Keine Veränderungen der Verhältnisse können an dem Gesamtwillen, seine Schicksal des Volkes auszuheilen von der Mitarbeit und Verantwortung am Staat, irgendwas ändern.

Die Heranziehung derjenigen, die da alsbald, im neuen Staat die neue Staatsform ablehnen zu müssen. Tagesereignisse und Tagespolitik, Schwierigkeiten bestehender Konstellationen, ändern nichts an der geschichtlichen Tatsache, daß alle Parteien heute am neuen Deutschland mitarbeiten.

Denn schließlich liegt über alle Verschiedenheit der Anschauungen doch der Gedanke, daß alle Hände notwendig waren zum Aufbau, daß die Söhne und Entel, die einst zurückblieben werden auf diese Zeit, die Palmer der Anerkennung wurden reicher werden, die in dieser schweren Zeit nicht beiseite getrieben, sondern mit Hand anlegten, um das Zusammengehörige wieder anzubauen. Gegenüber der Idee, eines neuen Deutschlands, sind sich die Synthese der Vergangenheit des alten mit dem Neuen. Diese Synthese liegt das deutsche Volk vertritt in der Versammlung seines Reichspräsidenten.

Es war dem Manne gefolgt, der — hervorgegangen aus den Reihen der alten grundsätzlichen Opposition — als erster Präsident des Deutschen Reiches mit großem Mut, mit politischer Weisheit und mit starker Vaterlandsliebe, den Weg vom drohenden Chaos zur Konstitution, von der Konstitution zum Wiederaufbau geebnet hat. In dem vom Volke gewählten Reichspräsidenten von Hindenburg liegt das deutsche Volk die Persönlichkeit, die aufgewachsen in der Traditionen des alten Kaiserreiches, die Weisheit gegenüber der jungen Republik in schwerer Zeit erfüllt. In seiner Persönlichkeit und in seinem Wesen ist die Idee der Volksgemeinschaft verkörpert.

Mit dem Deutschland von heute hat nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft zu rechnen. Man hält diesem Deutschland vor, daß sich in ihm Hunderttausende zusammenfinden in Organisationen, die von Frontsoldaten um sprechen, von Frontgelenk und ähnlichen Dingen. Aber sollte das psychologisch anders sein? Ist es nicht eine Freude für Herrn Briand, wenn diese alten combattants (alte Soldaten) ihn zu sich rufen. In einer Rede vor den anglais combattants vom Orient hat Herr Briand gesagt, daß einer der glücklichsten Momente seines Lebens der gewesen sei, als er die Nachkriegszeit erlebt habe, daß er von den Deutschen nicht überfordert worden sei. Und warum will man es einem Deutschen verdenken, daß er ebenso zu den glücklichsten Augenblicken seines Lebens die Stunde zählt, in der ihm Briand vor dem Schicksal von Tannenberg, von der Bewahrung deutschen Bodens vor dem Ansturm der Gegner?

Ich wende mich an Herrn Briand selbst.

Der von der Erinnerung sprach, an die großen Taten seiner Väter im Ringen gegeneinander, in den mächtigen Zeiten der Vergangenheit. Ich bin sicher, daß gerade diejenigen, die an der Front den Weltkrieg erlebt haben, in all seiner Größe und in all seinem Grauen die Träger einer neuen Zukunft des Friedens sein werden. Die Einstellung der Politik von Locarno war ein Wendepunkt in der Entwicklung der europäischen Nachkriegszeit. Es ist irrig zu glauben, daß die deutsche Öffentlichkeit die Politik von Locarno nur unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen für Deutschland allein ansieht. Locarno bedeutet vielmehr: einmal ist es der Zustand des dauernden Friedens am Rhein, gewährleistet durch die erteilten Verträge, die beiden großen Nachbarnationen auf Anwesenheit von Gewalt, um anderen durch die Verpflichtung anderer Mächte, demjenigen Hilfe zu leisten, der entgegen dieser feierlichen Vereinbarung das Opfer der Gewalt wird. Für diesen Gedanken steht heute die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ein. Mit diesem Gedanken wäre es nicht vereinbar, wenn man dem Boden eines Landes, das als untergeordnetem Land der Heavens abgeworfen und dem Frieden sich widmet, auf Jahre hinaus der Druck von Boykotten lassen sollte.

Die Politik von Locarno ist unvereinbar mit der Politik des Mißtrauens, mit der Politik der Unterdrückung. Sie ist die Politik der Verständigung, die Politik des freien Willens, sie ist die Politik des Glaubens an eine neue Zukunft. Der Mensch ist es, der sich, dann ist es der Volk gewesen, das in mehr als hundertjährigem Frieden lebt, daß diese Idee mitwirkte, welche durch die Entscheidung des Reichspräsidenten, daß das Mannen von Locarno den Preis zukunfts für ihr Streben, ich verbinde mit dem Dank für diese Ehrung die Hoffnung, daß die Ideen, die ihrer Ehrung zugrunde liegen, Gemeingut werden möchten der einen Nationen der Gegenwart, auf daß, wenn dieses Ziel erreicht wird, das Wort Wahrheit werden möge, daß der große Deutsche, der am meisten über die Väter hinauswuchs, einst gesprochen hat: Wir bekennen uns zu dem Geschick, das aus dem Dunkel uns zu hell freibt.

Nach Beendigung seines Vortrages erntete der Reichsaussenminister anhaltenden, stürmischen Beifall. Der König drückte Dr. Stresemann die Hand.

möglich eine Verlängerung der Saarabkommen vom 5. August und 6. November 1926 vorzunehmen. Für den Fall, daß das in Verhandlung befindliche deutsch-französische Handelsabkommen nicht zum 31. Juli abgeschlossen sein sollte, wird Frankreich die Möglichkeit erhalten, zu diesem oder zu jedem späteren Tage diese Abkommen zu kündigen, die dann am Ende des folgenden Monats außer Kraft treten sollen.

Die Besichtigung der Düstungen.

Berlin, 29. Juni. (Draht, unserer Berliner Redaktion). Einige Blätter glauben aus Paris melden zu können, daß der französische Ministerpräsident die Wälder habe, die deutsche Einladung zur Besichtigung der Düstungen abzulehnen, weil er auf dem Recht der Vorkontrollkonferenz bestehe, eine reguläre Kontrollhandlung vornehmen zu lassen. An Berliner zuständigen Stellen ist von einer solchen Absicht des französischen Ministerpräsidenten nichts bekannt. Die militärischen Sachverständigen Frankreichs und Englands sind eingeladen worden, an einer Besichtigungsfahrt teilzunehmen. Eine Antwort ist darauf bisher noch nicht erfolgt. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die allerersten Sachverständigen nicht der Vorkontrollkonferenz, sondern lediglich ihren Regierungen unterstehen.

Deutsches Reich.

Die Altersgrenze erhöht.

Berlin, 29. Juni. Aus dem preussischen Staatsdienst scheiden am 1. Oktober wegen Erreichung der Altersgrenze drei leitende Beamte aus, die Staatssekretäre Frick vom Justizministerium, Kamm vom Reichswirtschaftsministerium und Bönhoff vom Ministerium für Handel und Gewerbe.

Die Deutschnationalen gegen Gröfsski.

Berlin, 29. Juni. Im preussischen Landtag ist eine deutschnationale große Anfrage: eingegangen, in der es heißt, daß der preussische Innenminister Gröfsski auf seiner Reise in Ostpreußen im Juni d. J. durch sein Verhalten die Kreise der Bevölkerung vor den Kopf gestoßen und dem Ansehen des Staates geschadet habe. Insbesondere hätten stilles Verhalten hervorgebracht, daß der Minister es für richtig gehalten habe, gegenwärtig offizieller gesellschaftlicher Veranstaltungen, Sonderempfang seiner Parteifreunde in auffälliger Weise abzuhalten. Es wird gefragt, ob das Staatsministerium der Auffassung ist, daß dieses Verhalten des Innenministers tadelvoll und staatsmännisch ist.

Gründung einer republikanischen Vereinigung des deutschen Presse.

Berlin, 29. Juni. In einer Versammlung von Vertretern republikanischer Blätter wurde am Mittwoch im Reichstag die Vereinigung „Republikanische Presse“ gegründet. Nach der einstimmig angenommenen Satzung dient die Vereinigung dem Zusammenhalt von Mitgliedern der deutschen Presse, die bereit sind, in Ausübung ihres Berufs die Achtung vor der Republik zu fördern.

Wiederankommen der Christlich-Sozialen?

Berlin, 29. Juni. Im Reichstag konstituierte sich ein Ausschuss von Politikern zur Vorbereitung der für den Januar 1928 geplanten Wahlen der 50-jährigen Reichsversammlung der Christlich-Sozialen Partei. Unter den Christlich-Sozialen können man neben den bekannten Christlich-Sozialen Führern auch jüngere Reichstagsabgeordnete, die bisher nicht als Christlich-Soziale hervorgetreten waren. — Die „Reinhold Allgemeine Zeitung“, die diese Meldung bringt, bemerkt dazu: Es handelt sich hier um eine Gegenwirkung auf die starke Fähigkeit der als konservativen Gruppe innerhalb der Deutschnationalen Partei.

Ein deutsches Geschwader in der Ostsee.

Berlin, 29. Juni. Mitte nächster Woche wird ein deutsches Geschwader Danzig-Reval und Riga anlaufen.

Unterzeichnung des deutsch-englischen Luftverkehrsabkommens.

Berlin, 29. Juni. Heute wurde im Auswärtigen Amt das deutsch-englische Luftverkehrsabkommen durch Staatssekretär von Schuberth und dem englischen Geschäftsträger, Vizekonsul Addison, unterzeichnet.

Ablehnung des Notates der Schweizer Regierung.

Schwerin, 29. Juni. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Landtages wurde das von der Regierung eingebrachte Notgesetz zum Haushalt für 1927 mit 7 gegen 6 Stimmen der Rechten und Kommunisten abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, der die Regierung ersucht, dem Landtag unverzüglich einen Haushaltsplan vorzulegen, welcher die vorgenommenen Änderungen berücksichtigt. Die Regierung erklärte sich bereit, dies zu tun. Vom 1. Juli ab wird der Staat vorläufig ohne Haushaltsplan sein.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die französischen Militärgesetze angenommen.

Paris, 29. Juni. Mit Verabschiedung der getriggerten Kammerdiskussion über die Reorganisation der Armee wurde die gesamte Einheit des Gesetzesprojektes mit 379 gegen 145 Stimmen angenommen. Die Jahresklasse 1928, die 1929 einberufen wird, würde also bereits nur ein Jahr zu dienen haben, vorausgesetzt, daß die Vorbedingungen für die einjährige Dienstzeit, darunter insbesondere das Vorhandensein der vom Kriegsminister verlangten 106.000 Berufssoldaten, bis zu diesem Termin erfüllt sind.

Die angebliche Straßburger Spionage in den Straßburger Mühlenwerken.

Paris, 29. Juni. Am 2. Mai hat das „Journal“ in einer Straßburger Meldung in großer Aufmachung von einer angeblichen Spionage in den Straßburger Mühlenwerken für Rechnung einer Schweizer Firma ausgenutzt Deutschlands berichtet. Heute muß das Blatt zugeben, daß es sich um haltlose Gerüchte gehandelt hatte. In dieser Erklärung wurde es durch eine Zuschrift der betreffenden Schweizer Firma gezwungen.

Von Nah und Fern.

Todessturz vom Kaiser Wilhelm-Turm.

Berlin, 29. Juni. Gestern abend stürzte sich der Berliner Ingenieur Richard Günther vom Kaiser Wilhelm-Turm der Schildhorn an der Spree hinunter. Er fiel auf die Plattform und war sofort tot.

Den Schwiegerjohn erschossen — und freigesprochen.

Berlin, 29. Juni. Vor einem Jahre erschoss in Kosen bei Berlin der 68-jährige schwerverheiratete Arbeiter Kleiner den Mann seiner Tochter, den Bandwirth Rathenau. Kleiner verteidigte sich mit Notwehr. Das Schwurgericht sprach ihn heute auf Kosten der Staatskasse frei.

Münchener wiederum verurteilt.

München, 29. Juni. Das Schöffengericht verurteilte heute den ehemaligen Pfarrer Münchener-Borrm wegen Verleumdung in einem Falle zu einer Geldstrafe von 200 Mark event. 10 Tagen Gefängnis, wegen fortgesetzter öffentlicher Verleumdung des praktischen Arztes Dr. Bensch zu einer Geldstrafe von 2 Monaten. Die Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte.

Autounfall.

Stuttgart, 29. Juni. Ein mit acht Personen besetztes Auto geriet auf der Landstraße in Schleuderspur und stürzte um. Von den acht Insassen wurde der Fahrer schwer verletzt, ein Beifahrer erlitt einen Armbruch, während die übrigen Passagiere mit dem Schrecken davon kamen.

Schlagwetterexplosion.

Mährisch-Odrau, 29. Juni. Heute früh ereignete sich im Schacht Hubertus in Odrau in einer Tiefe von 3850 Metern eine Schlagwetterexplosion, durch die ein Bergarbeiter und ein Schläpfer getötet wurden.

19 Opfer eines Banditenkampfes.

Paris, 29. Juni. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, leistete eine Bande von 1000 Wölfen Widerstand, bis es ihr schließlich gelang, zu entfliehen. Im Laufe des Kampfes wurden acht Banditen und elf Polizisten getötet.

Neue Erdbeben auf der Krin.

Moskau, 29. Juni. In der vergangenen Nacht ereigneten sich am ganzen Südrussland der Krin neue Erdbeben von etwa 3 Sekunden Dauer, denen ein heftiges unterirdisches Gesehe voranging. Die Erdbeben waren jedoch schwächer als am Sonntag.

Öffentlichkeit der Disziplinarverhandlungen gegen richterliche Beamte.

Berlin, 29. Juni. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf mit der Bitte um qualitative Äußerung zugehen lassen. Danach soll in das Gesetz über Dienstvergehen der Richter und ihre unmittelbare Vernehmung in eine neue Stellung oder in den Ruhestand vom 7. Mai 1861 ein § 29a eingefügt werden, dessen wesentlicher Inhalt der ist: Die mündliche Verhandlung ist öffentlich. Die Öffentlichkeit kann aus besonderen Gründen auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder, soweit dieser nicht widerspricht, auch von Amts wegen oder auf Antrag des Angeklagten durch Beschluß des Disziplinarorgans für die ganze Dauer der Verhandlung oder teilweise ausgesprochen werden. Der Widerspruch der Staatsanwaltschaft bedarf keiner Begründung. Dem Staatsrat wird die Verhandlung gestellt. Dem Staatsanwaltschaft auf Wiederherstellung der Öffentlichkeit ist zuzugehen. Der Beschluß, durch den die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, ist öffentlich unter Angabe der Gründe zu begründen.